

Bundvorsitzender:
Dieter Dombrowski, MdL,
Vizepräsident Landtag Brandenburg
Stellv. Bundesvorsitzende:
Roland J. Lange
Ernst-O. Schönemann
Ehrevorsitzender:
Horst Schüler

Bundesgeschäftsstelle:
Ruschestraße 103, Haus 1
D-10365 Berlin
Tel: (030) 55779620
Fax: (030) 55779340
info@uokg.de
www.uokg.de

Geschäftszeiten:
Montag bis Freitag
9.00 - 17.00 Uhr

Presseerklärung

Berlin, den 31. Mai 2016

Landesregierung Brandenburg will Mindestlohn und Rente für Strafgefangene / Verwunderung bei SED- Opfern

Die Brandenburger Landesregierung wird, wie in der Presse berichtet, auf der nächsten Justizministerkonferenz den Mindestlohn für arbeitende Strafgefangene und Rentenansprüche beschließen lassen.

Dazu der Bundesvorsitzende der Union der Opferverbände Kommunistischer Gewaltherrschaft(UOKG) Dieter Dombrowski:

„Von dieser Initiative kann jeder halten, was er will. Es wird aber deutlich, wo die Politik ihre Schwerpunkte setzt.“

250.000 unschuldige SED-Justizopfer wurden in DDR-Gefängnissen mit Zwangsarbeit schamlos ausgebeutet. Viele haben für immer gesundheitliche Schäden davongetragen. Für 25 DDR-Mark mussten die politischen Häftlinge im Zuchthaus Cottbus an 6 Tagen rund um die Uhr arbeiten. Bei Nichterfüllung der Norm gab es Arrest und Nahrungsmittelkürzungen.

Bei der Deutschen Reichsbahn der DDR mussten die politischen Häftlinge die Arbeiten erledigen, die Zivilangestellte verweigerten. Die Unfallhäufigkeit lag bei den Zwangsmitarbeitern 10 Mal höher, wie die Studie der DB ergeben hat.

Entschädigungen und Anerkennung der gesundheitlichen Schäden – Fehlanzeige!

So geht das demokratische Deutschland mit den Opfern der zweiten deutschen Diktatur um.

„Es wäre schön, wenn Landesregierungen und Bundesregierung den Opfern der SED-Diktatur nur einen Bruchteil der Aufmerksamkeit schenken würden wie sie rechtskräftig verurteilten Straftätern zuteil wird“, so Dombrowski.

Ansprechpartner: UOKG-Geschäftsstelle, 030 / 55 77 93 – 51